MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG

MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924
1918

98 (27.2.1918) Abend-Ausgabe

urn:nbn:de:bsz:mh40-179660

Mittwoch, 27. Februar. Abend-Ausgabe. 1918. — Nr. 98.

Mannheimer General-Anzeiger

Verantwortlich für den allgemeinen und Handelsteil: Chefredakteur Dr. Fritz Goldenbaum; für den Anzeigenteil: Anton Striefer. Druck u. Verlag: Druckerei Dr. Haas Mannheimer General-Anzeiger G. m. b. H., Sitz Mannheim. — Telegramm-Adresse: General-Anzeiger Mannheim. — Fernsprech-Anschluß Amt Mannheim: Nr. 7940, 7941, 7942, 7943, 7944, 7945 und 7946. — Postscheck-Konto: Nr. 2917 Ludwigshafen am Rhein.

Badische Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 1spaltige Kolonelzeile 40 Pfennig, Finanzanzeigen 50 Pfennig, Reklamen M. 2.—. Annahmeschluß: Mittagblatt vormittags 9½ Uhr, Abendblatt nachmittags 2½ Uhr. Für Anzeigen an bestimmten Tagen, Stellen und Ausgaben wird keine Verantwortung übernommen. Bezugspreis in Mannheim und Ausgabestellen monatl. M. 2.— mit Bringerlohn. Postbezug: Vierteljährlich M. 6.60 einschl. Zustellungsgebühr. Bei der Post abgeh. M. 5.70. Einzel-Nr. 10 Pfg.

Beilagen: Amtliches Verkündigungsblatt für den Amtsbezirk Mannheim. — Das Weltgeschehen im Bilde in moderner Kupfertiefdruck-Ausführung.

Weiterer günstiger Verlauf unserer Operationen im Osten.

Staatssekretär Solf über die Zukunft der deutschen Kolonialpolitik.

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 27. Febr. (WTB. Amtl.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

An der Yser wurden einige Belgier gefangen. An der flandrischen Front, beiderseits der Scarpe, in der Champagne und auf dem östlichen Maasufer lebte die Artillerietätigkeit am Abend auf.

Vielfach kam es zu heftigen Luftkämpfen. Ein einheitlicher Angriff englischer Flieger gegen unsere Ballone zwischen Oise und Aisne scheiterte. Wir schossen gestern 15 feindliche Flugzeuge und 3 Fesselballone ab.

Hauptmann Ritter von Tutscheck errang seinen 24. Luftsieg. Gefreiter Kassner brachte bei einem Fluge zwei Fesselballone zum Absturz.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Eichhorn.

Nördlich von Dorpat nahmen wir zwei russische Regimenter bei ihrem Rückmarsch gefangen.

Heeresgruppe Linsingen.

In der Ukraine wurde ein feindliches Bataillon, das sich bei Korostyczew (30 Kilometer östlich von Shitomir) unserem Vormarsch in den Weg stellte, unter Verlusten zerstreut. Südlich von Shitomir drangen unsere Truppen bis Berdilschew vor.

In Kremenez (Dubno) nahmen wir den Stab eines russischen Generalkommandos, einen Divisionsstab und 200 Mann gefangen.

Mazedonische Front.

Englische Abteilungen, die über den Butkova gegen die bulgarischen Stellungen vordrangen, wurden im Gegenstoß zurückgeworfen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

*

Stockholm, 26. Febr. (WTB. Nichtamtl.) Der deutsche Vormarsch im Osten findet in der schwedischen Presse große Bewunderung. So schreibt „Soenska Dagblad": Man traut seinen Augen kaum, wenn man die Angaben über die zurückgelegten Strecken liest und auf der Karte vergleicht. Wenn es gilt, während der Schlacht einen gewissen Punkt zu erreichen, um den Sieg zu gewinnen, dann kann eine solche Marschgeschwindigkeit mit äußerster Anspannung der Kräfte und mit Ueberanstrengung der schwächeren Elemente verständlich sein, aber das gleiche Tempo Tag für Tag beizubehalten, gehört in das Gebiet des Außerordentlichen. Wohl sind die Wege gefroren und hart, die Winterluft leicht, aber doch muß man über die Schwierigkeiten staunen, unter denen der Vormarsch auf weit von einander getrennten Fronten im Norden, Süden und in der Mitte der gewaltigen russischen Westgrenze vor sich geht. Müßten nicht auch die Franzosen und Engländer die Kraft und Energie bewundern, die Deutschland nach 3½ Jahren Krieg an den Tag legt.

Neue U-Boot-Erfolge.

Berlin, 26. Febr. (WTB. Amtlich.) Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz vernichteten unsere U-Boote

19000 Bruttoregistertonnen

feindlichen Handelsschiffsraumes. Die meisten Schiffe wurden an der englischen Ostküste unter erheblicher feindlicher Gegenwirkung vernichtet, unter ihnen der bewaffnete englische Dampfer „Athenia" (4078 Brtg.). Ein anderer Dampfer von mindestens 4000 Tonnen wurde als größtes Schiff eines Geleitzuges in geschickt durchgeführtem Angriff abgeschossen. Fast alle Dampfer waren tief beladen.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

*

Berlin, 25. Febr. (WTB. Nichtamtl.) Die Erörterung der Ernährungsschwierigkeiten nimmt seit Ende 1917 in der englischen Oeffentlichkeit einen breiten Raum ein. Die Zeitungen sind gefüllt mit den meist trübsinnigen Betrachtungen über den Einfluß des U-Bootkrieges auf den steigenden Mangel. Mit neidischen Seitenblicken sehen sie auf die durch die russischen Friedensverhandlungen sich vorbereitende Besserung der Lebensmittelverhältnisse der Mittelmächte. Dem Ernährungspessimismus geben die Leiter des englischen Lebensmittelamtes treffenden Ausdruck. Der „Times" vom 2. Februar zufolge sagte Herr Prothero in einer Versammlung von Vertretern der englischen Landwirtschaft: Die nächsten 8 Monate sind die gefährlichste Zeit in der Geschichte Englands. Laut „Daily Telegraph vom 25. Januar warnte Lord Rhondda das Publikum davor, nicht zu große Erwartungen an die Wirkung der Zwangszuteilung zu stellen, man müsse nicht glauben, daß eine Rationierung mit dem Mißstande der Polonäsen aufhören werde. Während vor dem Kriege etwa 40 Prozent des Fleischbedarfs der bürgerlichen Bevölkerung durch die Einfuhr beschafft wurden, setzte der englische Armeerat deshalb die Lebensmittelration für die in England dienenden Truppen und Pferde zwecks Ersparnis von Frachtraum bedeutend herab.

Der Friede mit Rußland.

Berlin, 27. Febr. (Von uns. Berl. Büro.) In politischen Kreisen wird angenommen, daß die Unterzeichnung des Friedensvertrages in Brest-Litowsk durch den Delegierten des Rates der Volkskommissare ohne neue längere Verhandlungen heute oder morgen geschehen wird. Einzelne Fragen, die im Friedensvertrag selbst nicht vollständig geregelt sind, sollen einer besonderen Kommission überwiesen werden, die ebenfalls bald ihre Arbeiten beginnen wird. Geheimrat von Rosenberg, der mit der Führung der deutschen Delegation in Brest-Litowsk beauftragt ist, hat vorläufig nur Vollmachten zum Verhandeln. Es ist nun möglich, daß ihm auch Vollmacht zur Unterschrift gegeben wird, wahrscheinlicher jedoch ist es, daß das Friedensinstrument zur Unterzeichnung nach Bukarest gebracht wird, wo gegenwärtig die Leiter der auswärtigen Politik der vier Mächte zu den Verhandlungen mit Rumänien versammelt sind.

Das Eroberungsprogramm der englischen Sozialisten.

Wir haben in den letzten Tagen bereits mehrfach auf die höchst lehrreiche Denkschrift der interalliierten Sozialistenkonferenz hingewiesen und gezeigt, wie gering der Unterschied zwischen dem Kriegszielprogramm der englischen Arbeiter und den nackten Eroberungsabsichten der Männer um Lloyd George ist. Auf einen besonders charakteristischen Punkt des durchaus imperialistischen Programms der englischen Sozialisten weist noch die Kölnische Zeitung hin:

In den Beschlüssen der Sozialisten- und Arbeiterkonferenz der Alliierten, die vor einigen Tagen in London stattfand, findet sich eine Besonderheit, die etwas Neues in der Theorie der Kriegsziele vorstellen würde, falls die ganze Vorstellung, die die Sozialisten des Verbandes von der Beendigung des Krieges haben, nicht überhaupt zu grotesk wäre. Ueber die deutschen Kolonien ist darin gesagt, daß sie das übliche Selbstbestimmungsrecht erhalten sollten, „doch sollten die Wünsche der benachbarten britischen Kolonien dabei befolgt werden". Diese Theorie, daß man bei der Konsolidierung eines Staates die Wünsche der Nachbarn zu Rate zieht, würde sich wie ein Hohn von seiten dieser sozialistischen Doktrinäre ausnehmen, wenn nicht die nackte angelsächsische Eroberungsgier dahinterstecke. Sie bestätigt die von uns stets verfochtene Ansicht, daß insbesondere die englischen Arbeiter völlige Imperialisten sind und ebenso genau wie ihre bürgerlichen Landsleute wissen, daß England auf die Ausplünderung der Welt angewiesen ist, um leben zu können. Man möchte diese „Sozialisten mit einem Eroberungsprogramm" ersuchen, diese Theorie von den Wünschen der Nachbarn doch einmal bei England selbst anzuwenden und dort alle Veränderungen anzubringen, die dessen Nachbarn wünschen! Auch die ganze Idee eines Völkerbundes, die diese sonderbaren Menschheitsfreunde befürworten, zeigt, daß in allen Einzelheiten stets Englands Ziele gewahrt werden, während für das Ganze und für die Rednertribüne der Völkerfriede herhalten soll.

Robertson.

In einem Artikel der „Morningpost" vom 18. Febr. zum Rücktritt des englischen Generalstabschefs Robertson gibt Oberst Repington, der von Lloyd George wegen Hochverrats mit schwerer Geldbuße belegte Militärschriftsteller, ein interessantes Charakterbild des abgesägten Feldherrn:

Die Abberufung des Generals Sir William Robertson von seiner Stellung als Chef des Generalstabes wird von der ganzen Armee als ein Mißgriff betrachtet. Seit dem Tode Lord Kitcheners ist General Robertson die hervorragendste Militärfigur gewesen. Während zweier schwieriger Jahre war er verantwortlich für seine Ratschläge, die er der Regierung in allen Fragen der Strategie, der Operationen und der Kriegsorganisationen gegeben hat. Sein weites militärisches Wissen, seine Freimütigkeit und Unabhängigkeit haben ihn zum militärischen Eckpfeiler gemacht, um den sich alle unsere großen Operationen drehten. Das Vertrauen, das sämtliche britischen Führer und die Feldherrn der Verbandsmächte und Truppen in ihn setzten, war nicht nur groß, sondern wuchs monatlich immer weiter. Seine unvergleichliche Autorität und seine ausgezeichneten Führereigenschaften wurden in zwei bemerkenswerten Reden von Clemenceau und dem amerikanischen General Pershing erwähnt, die nicht nur seine Talente als Soldat priesen, sondern auch seine Eigenschaften als Mensch. Seine Entlassung von dem bisher innegehabten Posten in dieser kritischen Zeit bedeutet mehr als eine Niederlage. Nur Deutschland kann aus diesem Ereignis Nutzen ziehen.

Die Stellung eines Generalstabschefs in einem großen Kriege ist nicht abhängig von persönlichen Fragen, wie es in der Politik üblich ist, sondern stützt sich auf genaue Kenntnis der Kriegsgeschichte und Kriegserfahrungen, die unsere besten Offiziere gelernt haben. Wenn diese Richtlinien in Konflikt geraten mit persönlichen Wünschen von Mitgliedern einer Regierung, muß der Chef des Stabes seine Ansichten mit aller Macht verteidigen. In der Beobachtung der Mittel und in der Ausführung seiner strategischen Ziele muß der Chef des Stabes hart wie ein Diamant sein und darf seine Knie nicht vor falschen Göttern beugen, deren Tätigkeit den Erfolg unserer Waffen in Gefahr bringt. Robertson hat diese Fähigkeit, schlechte militärische Pläne zu billigen, weil sie ihm ein einflußreicher Minister vorschlug, nicht gehabt.

Deutscher Reichstag.

Sitzungsbericht.

Die erste Lesung des Haushaltsplanes.

Berlin, 27. Februar 1918.
(Von unserem Berliner Büro.)

Abg. Dr. Wiemer (Fortschr. Vp.):

Den Auffassungen des Abgeordneten Heydebrand über äußere und innere Politik steht die Mehrheit des Reichstags entgegen. Auf diese Mehrheit stützt sich die Regierung in ihrer Politik. Unsere Verhandlungen stellen einen Fortschritt für die Bahn parlamentarischer Entwicklung dar. Den Erklärungen des Reichskanzlers über die auswärtige Politik haben die Vertreter der Mehrheit zugestimmt, soweit sie bisher gesprochen haben. Auch wir tun das. Das wertvollste in den Mitteilungen des Reichskanzlers war die Bemerkung, daß jetzt bald Frieden auf der ganzen Ostfront von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer herrschen werde. Die Regierung muß mit aller Kraft auf den baldigen Rücktransport der verschleppten Ostpreußen hinwirken. Wir verfolgen keine Eroberungspläne. Unsere Stärke liegt in dem Festhalten an dem Gedanken des Verteidigungskrieges. Wir müssen nur dafür sorgen, daß Belgien nicht wieder der Tummelplatz feindlicher Machenschaften wird. Zu den Erklärungen des Reichskanzlers gegenüber dem Präsidenten Wilson können wir unsere Genugtuung aussprechen. Die Rede des Herrn v. Heydebrand war zwar temperamentvoll in der Form, aber überaus mager in ihrem sachlichen Inhalt. Er hat versucht, einen Gegensatz zwischen Reichskanzler und Vizekanzler zu konstruieren. Man kann zweifeln, ob von der äußersten Rechten oder von der äußersten Linken mehr gesündigt wird. (Heftiger Widerspruch und erregte Zurufe rechts. Vizepräsident Dr. Paasche bittet, die Mahnung des Reichskanzlers, den Burgfrieden zu wahren, zu beherzigen.) Dann muß auch von der rechten Seite alles vermieden werden, was Erregung in die Bevölkerung hineinträgt. Herr von Payer ist nicht als Bürokrat, sondern als Vertreter einer fortschrittlichen Weltanschauung in sein Amt eingetreten. Das Vertrauen der konservativen Minderheit würde er doch nur haben, wenn er konservative Politik machen würde. Der Mittelstand hat unter dem Krieg am meisten gelitten. Diese überaus wichtigen Faktoren unseres Wirtschaftslebens zu erhalten und zu stärken, ist eine der wichtigsten Aufgaben. Große Mittel werden hierzu nötig sein. Wir verkennen die Leistungen unserer Kriegsgesellschaften durchaus nicht, aber wir möchten sie baldigst wieder los werden. In den Erfolgen des deutschen Volkes hat die Arbeiterschaft ihren großen Teil beigetragen. Umso bedauerlicher ist der Streik. Ein Teil der Klagen des Abgeordneten Scheidemann war gewiß berechtigt. Der Streik ist aber nicht das geeignete Mittel zur Abhilfe gewesen. Er ist eine überaus bedauerliche Erscheinung. Zur Verwirklichung politischer Forderungen in diesem Augenblick ist der Streik das denkbar schlechteste Mittel. Die Wahlreform war längst fällig, zum Besten nicht zuletzt der Monarchie! Die elsaß-lothringische Frage muß im Sinne der Autonomie gelöst werden. Der inneren Politik des Vizekanzlers stimmen wir zu. Wir werden alles tun, um die Reichstagsmehrheit zusammenzuhalten. Der demokratische Gedanke muß die Grundlage des modernen Staates sein. Dadurch werden die Beziehungen zu unseren Verbündeten und nach dem Kriege auch zu unseren Feinden erleichtert werden. (Beifall links.)

Abg. Dr. Stresemann (Natl.):

Der Friede mit Rußland bedeutet die Niederringung unseres gefährlichsten Feindes. Die Ereignisse der letzten Wochen werden in ihrer moralischen Nachwirkung uns dem Weltfrieden näher bringen. Zunächst wird der rumänische Frieden folgen. Damit beginnt die Liquidation des Krieges auf dem Balkan. Die Einheitsbestrebungen unserer tapferen Verbündeten, der Bulgaren, werden damit verwirklicht werden. Für dieses Ziel ist Bulgarien in den Krieg eingetreten. Wir zweifeln nicht daran, daß Bulgarien unter Leitung seiner hervorragenden Staatsmänner und seines weisen Königs die großen wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben erfüllen wird. Die Erfolge unserer Truppen im Osten, die in wenigen Tagen Reval und Dorpat erreichen konnten, stehen ohne gleichen da. Groß ist unsere Freude über die Erfolge des „Wolf". Die Schritte unserer Truppen im Osten sind beflügelt worden, seit ihr Vormarsch einem edelsten Menschenwerk gilt. Die Greuel in Estland und Livland sind viel schlimmer, als wir vorher geglaubt hatten. Ueberall findet man nackte Leichen, ohne Grund erschossen; Frauen wurden weggeschleppt, Kinder hilflos ohne Eltern zurückgelassen. Da ist es tief beschämend, daß hier im Reichstag gesagt werden konnte: die Hilferufe wären in Berlin gemacht. Das Ultimatum an Rußland behandelt Livland und Estland anders als Kurland und Litauen. Nicht nur nach deutscher, sondern auch nach lettischer Auffassung bildet das Baltentum eine Einheit, die nicht derartig getrennt werden darf. Auch wir hoffen, mit den Esthen und Livländern demnächst in Friede und Freundschaft zu leben. Aber ich möchte doch sagen, daß völlig unabhängige Staatsgebilde hier unnütz sind. Sie müssen Anlehnung suchen, sie können nicht zwischen Westen und Osten ein Einzelleben führen. Sie würden schon finanziell und wirtschaftlich nicht dazu in der Lage sein.

Wenn gesagt wird, wir dürften Rußland nicht vom Weltverkehr abschließen, indem wir ihm die Häfen Reval und Riga nehmen, so muß ich sagen, daß unsere hauptsächlichsten Häfen augenblicklich auch an Meeren liegen, die nicht innerhalb der deutschen Staatshoheit stehen.

Der Abgeordnete Scheidemann hat davon gesprochen, daß sich der Haß, mit dem uns die ganze Welt überschütte, jetzt auch auf Oesterreich erstrecke. Ein Mitglied des österreichischen Reichsrats hat erklärt: Deutschland marschiert, wir protestieren. Das war am ersten Tage. Als dann aber die deutschen Heeresberichte kamen und wir erfuhren, wieviel Waggons und wieviel Lebensmittel uns in die Hände gefallen waren, da hat sich die Stimmung geändert. Die öffentliche Meinung in Oesterreich ist sehr zwiespältig darüber, ob es richtig gewesen sei, den Deut-

MARCHIVUM

sehen den Vormarsch in der Ukraine allein zu überlassen. Es sind lediglich taktische Gründe der Verteilung der beiden Heeresmassen dafür maßgebend gewesen.

Angesichts unserer militärischen Gesamtlage würde ich ein neues Friedensangebot als verfehlt ansehen. Dem Reichskanzler hat ein solches Friedensangebot auch sicher fern gelegen. Trotzdem erfüllt mich seine Einladung an die belgische Regierung mit einigem Bedenken, nicht wegen der Formulierung, die der Reichskanzler der belgischen Frage gibt. Ich bin der Meinung, daß innerhalb dieser Formulierung die Wahrung der deutschen Interessen möglich ist. Aber ich kann mich nicht einverstanden erklären mit der in der Papstnote aufgestellten Formulierung, daß Belgien wiederhergestellt werden muß, völlig unabhängig, gegen wen auch immer. Das ist weniger als ein theoretischer status quo vor dem Kriege gewesen ist. Die den Führern der vlämischen Bewegung von Herrn von Bethmann-Hollweg gegebenen Zusagen, die auch Dr. Michaelis nicht zurückgenommen hat, müssen erfüllt werden.

Was die rumänische Frage betrifft, so muß ich sagen, daß Rumänien eine Rücksichtnahme unsererseits nicht verdient hat. Hier hat eine korrupte Gesellschaft ihr Land ins Verderben gestürzt. Dafür muß es jetzt büßen. Wir gedenken dankbar derjenigen rumänischen Politiker, die wie Peter Carp, Marginiman an der Neutralität bis zum letzten Augenblick festgehalten haben. Rumänien hat seine neutrale Situation ausgenutzt bis zum letzten, unter Zurückweisung aller moralischen Skrupel. (Sehr richtig!) Wir haben große Aufwendungen gemacht für die Besetzung des Landes. Sollen alle diese Summen vom deutschen Volke getragen werden? Wollen wir ersticken in den Steuern? Man wird es nicht verstehen, wenn man einem so ruchlosen Feind gegenüber keine Kriegsentschädigungen fordern würde. (Sehr richtig!) Eine solche Forderung würde auch nicht im Gegensatz stehen zur Reichstagsentschließung vom 19. Juli 1917, die auch nicht zum Fetisch werden darf. Gegenüber den Feinden, die unsere Friedensangebote mit Hohn zurückgewiesen haben, haben wir wieder die Freiheit der Entschließung. Wir müssen Rumänien gegenüber davon Gebrauch machen. Die Rumänen werden sich damit abfinden müssen. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Dabei denken wir nicht daran, daß man die Kriegsentschädigungen in Zwanzigleuststücken auf den Tisch legt, wir denken an wirtschaftliche Vorteile. (Beifall.)

Der Redner wandte sich dann den kolonialen Fragen zu. Wir müssen unsere alte Kolonialmacht wieder herbeiführen. General Smuts hat auf die große Bedeutung Deutsch-Ostafrikas hingewiesen. Die Engländer haben ihren alten Plan, die Beherrschung der Bahn von Kairo bis Kapstadt, nicht aufgegeben. Wenn in unseren Kolonien zur rechten Zeit die Verteidigungsmittel geschaffen worden wären, dann wären sie nicht verloren gegangen. (Sehr richtig.) Wir begrüßen die Helden Deutsch-Ostafrikas, die jetzt auf portugiesischem Gebiet den Kampf fortsetzen. (Beifall.) Aus den Ereignissen müssen wir aber die Lehre ziehen, daß, wenn wir den Mut haben, Kolonialpolitik zu treiben, man dann diejenigen auch schützen muß, die hinausgegangen sind. (Sehr richtig!)

Es wäre gut, wenn uns die Beruhigung gegeben würde, daß an eine Aufgabe unserer Stellung als Kolonialmacht nicht gedacht wird. In den Beschlüssen der alliierten Sozialisten in London finden wir die Forderung eines selbständigen Polens bis zur Ostsee, die Loslösung von Arabien, Mesopotamien und Palästina vom türkischen Reich, eines selbständigen südslavischen Staates, eines Referendums über die Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens. Was sollen da erst die Imperialisten dieser Länder verlangen? Aber ich glaube, die Art des Friedensschlusses mit Rußland, wo unsere ursprünglichen Forderungen infolge der Weigerung der Russen erheblich verschärft worden sind, wird auch im Westen erzieherisch wirken.

Das tragische Ableben des Großherzogs Adolf Friedrich von Mecklenburg und die sich daraus ergebende Streitfrage über die Thronfolge legt uns die Fassung eines Reichsgesetzes nahe, wonach nur deutsche Fürsten auf einen deutschen Thron folgen können.

Wenn wir ein Arbeitskammergesetz schaffen sollen, so lege ich Wert darauf, daß neben den Arbeitskammern auch Kammern für Angestellte geschaffen werden. Sollte das jetzt nicht möglich sein, so muß eine entsprechende Bestimmung in das Arbeitskammergesetz aufgenommen werden.

Erfreulich ist es, daß auch das Reich sich an der Bekämpfung der Wohnungsnot mit eigenen Mitteln beteiligen will. Wie steht die Regierung zu der großen Kriegerheimstätten-Bewegung? Nach dem Kriege 1870/71 stiegen die Mieten um 115 Prozent. Solche Zustände dürfen nicht wiederkehren. Die beste Bevölkerungspolitik ist eine gute Wohnungsfürsorge. Am 27. März 1917 hat der Reichstag eine Denkschrift verlangt über die Wirkung einer Vereinheitlichung der deutschen Eisenbahn mit Einbeziehung der Binnenwasserstraßen sowie Einsetzung einer Fachkommission unter Zuziehung von Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens, Parlamentariern und Vertretern der Reichsregierung. Was ist hier seitdem geschehen?

Die Wahlrechtsfrage in Preußen hat der Vizekanzler mit Recht als eine deutsche Frage bezeichnet. Das ist eine Folge der führenden Stellung Preußens im Reiche, die unbedingt erhalten bleiben soll. Unstimmigkeiten mit kleineren Bundesstaaten rühren nicht an den Lebensnerv des deutschen Reiches. Ein klaffender Widerspruch zwischen Reichspolitik und preußischer Politik ist auf die Dauer nicht zu ertragen. Gewiß ebnet das gleiche Wahlrecht in Preußen der Demokratisierung den Weg. Wenn aber das gleiche Wahlrecht scheitert, so wird, fürchte ich, eine viel weitere Demokratisierung kommen, als sie meinen eigenen Freunden erwünscht wäre. Große Aufgaben stehen dem Reichstag nach dem Frieden bevor. Wird jetzt die Frage des Wahlrechts in Preußen nicht gelöst, so wird der nächste Reichstag eine Zusammensetzung haben, die der Lösung der Aufgaben nicht günstiger ist. Was außenpolitisch auf dem Spiele steht, wissen wir alle. Wir können das Notwendige nur erreichen, wenn wir innerlich zusammenhalten. Eine Verweigerung des gleichen Wahlrechts ist nicht ohne die schwerste innere Krisis möglich. Die nationalliberale Reichstagsfraktion steht fast einmütig auf dem Standpunkt, daß die Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts in Preußen unbedingt nötig ist. (Beifall).

Der Streik hat lediglich den Gegnern des Wahlrechts Waffen in die Hand gegeben. Man darf hier nicht vergessen: Berlin ist nicht das deutsche Volk. Wenn hier ein Bruchteil der Arbeiter gestreikt hat, so darf man nicht daraus die politische Unreife des ganzen Volkes folgern wollen. Die Hirsch-Dunckerschen und Christlichen Gewerkschaften haben nicht gestreikt, haben sich aber vielfach hier und da dem Terror fügen müssen. Eine Verurteilung wegen des Streiks gebührt nur den Führern und nicht den Verführten. Die idealistische Darstellung Scheidemanns über den Streik ist falsch. Wie sehr ausländische Einflüsse hierbei mitgewirkt haben, zeigen die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Daß der Streik kriegsverlängernd wirkt, darüber ist kein Zweifel möglich. Nichts kann die psychologische Wirkung unseres Friedensschlusses im Osten auf den Westen mehr abschwächen, als frivole Streiks. Ernährungsfragen sind sicher nicht ausschlaggebend gewesen, denn gerade die Munitionsarbeiter gehören zu den bestgenährten und höchstbezahlten Deutschen. Staatssekretär Wallraf konnte gar keine andere Stellung einnehmen. Er durfte die Führung der Politik nicht von dem Reichstag auf die Straße verlegen. Die Entgleisungen des Herrn von Oldenburg werden sicher auch bei der Mehrzahl der Konservativen keine Zustimmung gefunden haben. Dem Regierungsprogramm stimmen wir zu, wahren uns aber darüber hinaus unsere sachliche Selbständigkeit. (Beifall.)

Staatssekretär des Reichskolonialamts Dr. Solf:

Man darf die Äußerungen des Generals Smuts nicht als private Meinung auffassen. Der General ist Mitglied des englischen Kriegskabinetts und war mit Lloyd George in Versailles. Die Rede hat also durchaus die Natur einer öffentlichen Kundgebung. Allgemeine Aussprachen über Kolonialprobleme haben schon mehrfach stattgefunden. Von deutscher Seite ist niemals eine Unklarheit darüber gelassen worden, daß sowohl die deutsche Regierung als auch das deutsche Volk einmütig auf dem Standpunkt stehen, daß wir unsere Kolonien wieder haben wollen. Die Kolonialpolitik ist für Deutschland eine Lebensfrage und keine Luxusfrage. Bei unseren Feinden hat es an dieser erwünschten Klarheit gefehlt. Der Welt gegenüber, besonders den Vereinigten Staaten gegenüber hat man mit einer gewissen Zweideutigkeit gearbeitet. Es hieß einmal: Deutschland sei grausam, deswegen könnte man den Deutschen die Kolonien nicht wieder geben. Dieses philantropische Ziel schien gerade Amerika gegenüber das richtige zu sein. Es ist weiter gesprochen worden von einem utopischen Vorschlag, die sämtlichen Kolonien, besonders Afrika, unter eine internationale Herrschaft zu stellen. Weiter sagten gemäßigte Stimmen, man solle doch den ganzen Komplex der Kolonialfragen der Beratung auf der späteren Friedenskonferenz vorbehalten. Die Rede Smuts hatte etwas Licht in dieses Halbdunkel gebracht.

Das Programm kann man mit wenigen Worten charakterisieren: Lloyd George will Deutschland als Kontinentalmacht vernichten, Carson will Deutschland als Industriemacht vernichten, Smuts als Kolonialmacht. Aber der General begnügt sich nicht mit der einfachen Aufstellung einer Vernichtungsformel, er versucht seine Vernichtungsabsichten auch moralisch zu begründen. Er gibt eine wohlaufgebaute Begründung dafür, warum das britische Reich Deutschland als Kolonialimperium nicht dulden könne. Das Neue dabei ist, daß bei dieser Begründung der General nicht wie früher humanitäre Ziele in den Vordergrund stellt, daß er nicht mehr von dem Wohle der Eingeborenen spricht, sondern daß er lediglich den krassen imperialistischen Standpunkt an die Spitze stellt: Die Vernichtung des deutschen Kolonialreiches ist notwendig, um der Sicherheit des britischen Weltreiches wegen.

In der „Times" wird die große Bedeutung Deutsch-Afrikas geschildert. Man spricht von der Pracht des Landes, von den Erzeugnissen: Kaffee, Zucker, Sisal, Baumwolle, Hanf u. s. w. Diese Schilderung von der Herrlichkeit Deutsch-Afrikas bildet den Auftakt zu der Forderung, daß eine so wertvolle Kolonie notwendigerweise England gehören müsse und Deutschland nicht wiedergegeben werden könne. Smuts will Deutschland das einzige Reservoir nehmen, das es für seine modern entwickelte Industrie hat. Das ist ein Ausfluß jener britischer Anschauungen, die Kipling einmal dahin ausgesprochen hat: China ist ein Land von unendlichen Möglichkeiten, also annektieren wir auch China. (Heiterkeit.) Also Smuts erklärt, die Rückgabe der deutschen Kolonien sei mit der Sicherheit des englischen Imperiums unvereinbar. In erster Linie wird Ostafrika gefordert zur Abrundung des englischen Weltreiches als ein Bindeglied für Aegypten und Indien. In der „Times" wird darauf hingewiesen, daß eine der Lehren des Krieges die Verwundbarkeit der Seeverbindungen und die Wichtigkeit der Eisenbahnverbindungen sei. Beide müßten daher Hand in Hand gehen.

Smuts stellt eine englische Monroedoktrin auf und zwar über die ganze südliche Hemisphäre. Ein Echo findet sie bei den Franzosen, die für Westafrika ebenfalls eine französische Monroedoktrin aufstellen. Die alte Idee von dem direkten Verkehrsweg Kap—Kairo nimmt er wieder auf, der nur durch rein englische Gebiete laufen müßte. Er denkt an den Weg Kap—Kairo—Aegypten—Kalkutta. Auf dieser Strecke soll rechts und links kein fremder Besitz sein. Das ist eine stärkere Betonung des Machtstandpunktes, als wenn man Sicherung der eigenen Grenzen verlangt. Ich begrüße die Offenheit des Generals Smuts, denn er enthüllt uns die englischen Pläne. Von dem Selbstbestimmungsrecht der Eingeborenen, von dem die britischen Staatsleute sprechen, ist in der Rede des Burengenerals nichts zu finden. Er billigt die Grundsätze, unter denen einst die Engländer die Burenrepubliken annektiert haben. Das ist nicht der Geist, der zu einem wahren Frieden führen kann. General Smuts vertritt die Anschauung, England müsse eine lückenlose Weltherrschaft haben. Die moralische Begründung konstruiert er sich in der Größe der deutschen Gefahr in Afrika.

Afrika hat von Deutschland, wenn es Kolonialmacht bleibt, die Militarisierung der fremden Stämme für einen Krieg mit Deutschland zu erwarten. So liegen die Verhältnisse nicht. Es liegt auf der Hand, daß eine kleine Schar von Soldaten nicht eingetroffen war für den Kampf gegen weiße Mächte. Diese kleine Anzahl von Truppen in einem Kolonialreich, das ungefähr viermal so groß ist wie Deutschland, reichte gerade aus, um Ruhe und Ordnung unter den Eingeborenen zu halten.

Wie lagen aber die Verhältnisse vor dem Kriege bei unseren Feinden? Frankreich hat, seitdem es sich seit dem Jahre 1870 ein großes afrikanisches Königreich gegründet hat, dies von vornherein mit dem Ziel gewonnen, die afrikanische Kolonie auch für europäische Kriege auszunutzen. Es hat sich in den afrikanischen Besitzungen ein stehendes Heer von ca. 100 000 Mann geschaffen, da rechne ich die nordafrikanischen Besitzungen mit den westafrikanischen zusammen. Ebenso hat England in seinen afrikanischen Kolonien starke eingeborene Truppen gehabt und hat einen wichtigen Küstenplatz — ich habe das selbst gesehen — errichtet. In noch viel stärkerem Maße als in Afrika hat England die Eingeborenen in Indien zum Militärdienst herangezogen. Also, meine Herren, unsere Feinde, die uns in Zukunft die Militarisierung Afrikas vorwerfen, sie haben schon vor dem Kriege ihre Eingeborenen mobilisiert und militarisiert. Wir haben seit Kriegsbeginn vergeblich versucht, die Stimmung unter den Schwarzen und noch mehr unter den Weißen in Afrika zu neutralisieren. England hat nicht gewollt, England hat damit den Anfang gemacht, Frankreich folgte England nach. England hat gesagt ein, wir wollen Deutschland überall schädigen, wo es auch immer sei.

Wir handelten bei diesem Versuch der Neutralisierung in Uebereinstimmung mit unserer Ueberzeugung, unserer Ueberlegenheit der weißen Rasse gegenüber der schwarzen und der Würde der weißen Rasse gegenüber der schwarzen. Für unsere Feinde war die Versuchung der militärischen Ueberlegenheit größer als ihre kolonialpolitische Ueberzeugung und als ihre Verantwortlichkeit der weißen Rasse gegenüber der farbigen. So haben sie den Krieg nach Afrika getragen. Das war nicht alles. Sie haben außerdem die eingeborenen Truppen in größerer Zahl auf die europäischen Kriegsschauplätze geschickt. Frankreich hat die schwarze Rasse zuerst mobilisiert und ist dann bald bei diesen sogenannten freiwilligen Anwerbungen unter den Kriegstruppen, zu Zwangsaushebungen in größerem Stil geschritten.

Auch England hat in Afrika gelinden Zwang für die Rekrutierung und Aushebung der Eingeborenen anwenden müssen. Unter dem Druck Frankreichs und Englands ist neuerdings auch Belgien im belgischen Kongo zu Zwangsaushebungen übergegangen. Die eingeborenen Heere kann ich auf mehr als 100 000 Mann schätzen.

Wenn Ostafrika bis jetzt ausgehalten hat und in den fremden Kolonien jetzt noch tapfer aushält, dann haben sie es nicht getan, weil, wie Smuts sagt, sie für den Krieg gegen Europäer jahrlang vorbereitet sind, sondern nur, weil es uns gelungen ist, zweimal aus der Heimat Waffen und Munition zu Hilfe zu schiffen. Dafür bin ich der kaiserlichen Marine außerordentlich dankbar. Es ist gar nicht denkbar, daß man in Afrika eine Truppe aufbringen kann, die gegen wohlausgerüstete europäische Feinde kämpfen kann.

General Smuts spricht weiter die Befürchtung aus, daß wir unsere Kolonien als Flottenstützpunkte verwerten würden. Auch demgegenüber muß ich, was die Vergangenheit anbetrifft darauf hinweisen, daß vor dem Krieg keine einzige unserer afrikanischen Stationen an der Küste überhaupt mit Artillerie versehen war, weil wir niemals daran gedacht haben, Afrika zum Kriegsschauplatz für Weiße zu machen, während England und Frankreich eine Reihe ihrer Häfen als vollständige Marinestation ausgerüstet haben.

Unsere Verhandlungen vor dem Kriege über unseren Standpunkt zur Militarisierung haben klar bewiesen, daß die deutschen Bestrebungen nicht auf eine Militarisierung der Eingeborenen abzielten, sondern wir versuchten im Gegenteil durch eine internationale Verschärfung der Bestimmungen der Antisklavereiakte, über die Beschränkung der Waffeneinfuhr und des Waffentragens in Afrika, die kriegerischen Gelüste der Eingeborenen zu dämmen.

Die kaiserliche Regierung ist von diesem Standpunkt auch heute noch nicht abgewichen, trotz des üblen Beispiels der Feinde, das wir lediglich als abschreckend bezeichnen dürfen. Das Programm unserer Regierung ist klar: keine Militarisierung in Afrika. Aber, meine Herren, gleiche Rechte und gleiche Pflichten, das ist nicht so aufzufassen, als ob die Feinde militarisieren dürften und wir nicht. Deutschland soll sich dadurch nicht wehrlos machen, daß es duldet, daß die Feinde militarisieren und es allein auf seinem Standpunkt stehen bleibt. Wie wollen wir aber die Absichten unserer Feinde, insonderheit der Engländer, durchkreuzen? Auf der einen Seite haben wir die Smutsche Forderung: Afrika darf auf keinen Fall militarisiert werden, auf der anderen Seite haben wir die Aeußerung von Churchill: wir haben aus unseren Eingeborenen noch lange nicht genug Vorteile für den Krieg in Europa gezogen. Als Material gegen unsere deutsche programmatische Erklärung hat Smuts in seiner Rede nur vorgebracht, der deutsche Generalstab wende, wie das Buch des Generals von Freytag-Loringhoven beweise, der Rekrutierung farbiger Soldaten in einem Zukunftskrieg sein ernstes Augenmerk zu. Daraus schließt er, daß Deutschland sein afrikanisches Reich in erster Linie als ein Reservoir für sein Heer ausnützen will. Das ist lächerlich. Auch in England gibt es außerordentlich viele Träger des Friedensgedankens.

Die Zahl der englischen Stimmen, die zu einer kolonialen Verständigung mit uns nicht nur geneigt sind, sondern die sie für eine Vorbereitung einer ruhigen Welt halten, mehren sich. Aber darüber kann kein Zweifel sein: hinter dem General Smuts und seiner Rede steht die englische Regierung, stehen große Massen, große Interessen und große Leidenschaften und damit müssen wir rechnen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Bruhn (Deutsche Fraktion):

Im Osten müssen Vorkehrungen getroffen werden, daß sich in unseren Ostseeprovinzen keine Irredenta bilden. Als es dem Volksbeglücker Trotzky-Braunstein schlecht ging, sah er sich im Ausland nach Hilfe um. Er hat sie leider auch in Deutschland in den Unabhängigen Sozialdemokraten gefunden durch den Streik. — Der Mittelstand hat im Krieg am schwersten gelitten; er bedarf der besonderen Fürsorge des Staates.

Abg. Haase (Unabh. Soz.):

Das Ultimatum an Rußland bedeutet den vollständigen Sieg der Eroberungspolitiker. Entweder der Mittelblock und seine Verständigungspolitik ist in allen Grundlagen machtlos, oder Regierung und Mittelblock haben eine Schwenkung unternommen. Graf Hertling ist nur das Aushängeschild. Ludendorff diktiert. Unsere Politik muß ehrlich sein (Lärm rechts). Das Wort von der deutschen Treue darf kein Lippenbekenntnis sein (Unruhe).

*

⊡ **Berlin**, 27. Februar. (Von unserem Berliner Büro.) Der interfraktionelle Ausschuß des Reichstags für Beamtenfragen, der unter dem Vorsitz des nationalliberalen Abgeordneten Meyer-Herford arbeitet und der vom Hauptausschuß des Reichstags eine Reihe wichtiger Fragen zur Erledigung erhalten hat, ist jetzt an einem vorläufigen Abschluß seiner Arbeiten angelangt. Die Mitglieder der Konferenz, der sämtliche Fraktionen des Reichstags angehören, haben sich in Erkenntnis der allgemeinen Notlage der Beamten einstimmig für eine wesentliche Erhöhung der laufenden Kriegsteuerungszulagen ausgesprochen. Die Reichsregierung hat zu diesem Beschluß grundsätzlich bereits ihre Zustimmung erklärt und nur über das Maß der Erhöhungen sind noch Verhandlungen im Gange.

Letzte Meldungen.

Der Wiener Bericht.

Wien, 27. Febr. (WTB. Nichtamtlich.) Amtlich wird verlautbart:

Zwischen Etsch und Brenta erhöhte Artillerietätigkeit.

Italienische Flieger bewarfen die weit hinter unserer Front liegenden, nicht befestigten Orte Cles, Mezzolombardo und Bozen mit Bomben.

Der Chef des Generalstabs.

Gründung einer Deutsch-Ukrainischen Gesellschaft

Berlin, 27. Febr. (Nichtamtlich.) Nach einem Vortrag, den Dr. Paul Rohrbach in Berlin hielt und dem auch Mitglieder der ukrainischen Abordnung beiwohnten, wurde auf Grund einer einstimmig angenommenen Resolution beschlossen, ungesäumt eine Organisation zur Pflege der deutsch-ukrainischen Beziehungen zu gründen. Die Vorarbeiten für die demnächst ins Leben tretende Deutsch-Ukrainische Gesellschaft sind im Gange. Nähere Auskunft erteilt schriftlich bis auf weiteres der Ausschuß für die Deutsche Ostpolitik, Berlin W., Kurfürstenstr. 101.

c. **Von der schweizerischen Grenze**, 27. Februar. (Priv.-Tel.) Der „Matin" meldet, die russische Regierung habe die Annahme eines Protestes der vor der Abreise stehenden Botschafter Frankreichs und Englands gegen den Friedensschluß Rußlands mit den Mittelmächten abgelehnt.

Paris, 26. Febr. (WTB. Nichtamtlich.) Meldung der Agence Havas. Die Kammer hat in der Beratung des Gesetzes über die Organisation der französischen Getreideversorgung den ersten Artikel angenommen, der den freien Handel mit Brotgetreide für die Dauer des Krieges bis zum Ende der ersten auf die Beendigung der Feindseligkeiten folgenden Ernte aufhebt.

Letzte Handels-Nachrichten.

Mannheimer Effektenbörse.

Die Tendenz der heutigen Börse war etwas ruhiger. Gehandelt wurden: Pfälz. Bank-Aktien, Aktien der Südd. Disconto-Gesellschaft und Unionwerke, Mannheim. Niedriger stellten sich: Anilin, Westeregeln, Pfälz. Nähmaschinen und Zellstofffabrik Waldhof-Aktien.

Frankfurter Wertpapierbörse.

Frankfurt, 27. Febr. (Pr.-Tel.) An der Börse war die heutige Tendenz auch bei ruhigem Geschäft fest. Die zu Einheitskursen gehandelten Werte verkehrten bei angeregtem Geschäft. Russische Banken und Eisenbahnprioritäten zogen an und wurden in größeren Beträgen umgesetzt. Russische Bank und Internationale Bank Petersburg wiesen feste Haltung auf. Heimische Banken verkehrten in sehr fester Haltung. Höher wurden Deutsche Bank, Commerz- und Disconto-Bank, Pfälzische Bank und Dresdner Bank-Aktien bezahlt. Am Montanaktienmarkt war die Tendenz nicht einheitlich. Es trat infolge des bevorstehenden Ultimos teilweise Abgabelust ein.

Von Schiffahrtsaktien konnten sich Nordd. Lloyd befestigen. Von Elektrowerten waren AEG. und Kabel Rheydt gesucht. Die Aktien der chemischen Werte erfuhren vereinzelt Kursabschwächung. Nachfrage bestand für Th. Goldschmidt. Rüstungswerte wiesen eine ungleichmäßige Haltung auf. Benzaktien waren gesucht, auch Weyersberg u. Kirchbaum und Hirschkupfer fanden Beachtung. Im freien Verkehr waren Petroleumwerte unter Schwankungen niedriger. Kalipapiere sind nur wenig verändert. Im übrigen wurden von Industriepapieren höher: Schuhfabrik Wenceler, Maschinenfabrik Eßlingen, Norddeutsche Jute, Westdeutsche Jute sowie Immobilien.

Am Rentenmarkt machte sich Kauflust für Mexikaner bemerkbar. Russische Werte schließen sehr fest. Sonst verlief das Geschäft ruhig bei günstiger Strömung. Privatdiskont 4⅝%.

MARCHIVUM

Aus Stadt und Land.

Zur Goldankaufswoche.

Die Goldankaufsstelle in A 1 ist auch nach Abschluß der offiziellen Goldankaufswoche bis zum 2. März täglich zu denselben Stunden geöffnet wie während der Goldankaufswoche. Es ist zu wünschen und anzunehmen, daß noch zahlreiche unserer Mitbürger dem eindringlich an sie zu richtenden Appell, ihr Gold und ihre Juwelen der Goldankaufsstelle zum Kauf zu überlassen, folgen. Jedermann kann jetzt zeigen, daß er wirklich zu einem Opfer für das Vaterland bereit ist, wenn er sich von liebgewordenen Gegenständen trennt.

Kleinhandelsausschuß-Sitzung.

Am 19. d. M. fand auf der Handelskammer unter dem Vorsitz des 2. stellv. Vorsitzenden der Handelskammer, Herrn Rothschild, eine Kleinhandelsausschußsitzung statt.

1. Mit der Frage der Errichtung von Schiedsgerichten für Lebens- und Genußmittel hatte sich bereits die letzte Kleinhandelsausschußsitzung beschäftigt. Nach einem inzwischen eingegangenen Bescheid der Regierung scheint wenig Geneigtheit zu bestehen zu einer Ausdehnung dieser Einrichtung. Mit großer Befriedigung wurde von der Versammlung die Mitteilung entgegengenommen, daß nicht nur die Bezirksämter, sondern auch die Staatsanwaltschaften angewiesen sind, bei Anzeigen wegen Verfehlungen gegen kriegswirtschaftliche Vorschriften, insbesondere wegen Kriegswuchers, in allen geeigneten Fällen Aeußerungen der zuständigen Handelskammern einzuholen. Es wurde daran der Wunsch geknüpft, daß auch die Gerichte und insbesondere auch die Preisprüfungsämter in möglichst weitem Umfange Handelskammersachverständige zuziehen möchten. Im Anschluß daran fand eine allgemeine Aussprache über die Bekämpfung des Kriegswucherns statt. Die vom badischen Verband der Web-, Wirk- und Strickwarengeschäfte dem Landespreisamt vorgelegte Kalkulation, welche als Richtlinie im großen und ganzen anerkannt wurde, findet auch die Billigung des Kleinhandelsausschusses. (Berichterstatter Dr. Jäger.)

2. Die Versammlung wandte sich mit aller Entschiedenheit gegen die beabsichtigte Veranstaltung einer Reichswohlfahrtslotterie, die für den Kleinhandel eine einseitige unerträgliche Belastung bedeuten würde.

3. Der Hauptgeschäftsführer der Kammer, Herr Dr. Blaustein, berichtete über die den Kleinhandel betreffenden Fragen, die in der letzten Sitzung der Sonderkommission für Uebergangswirtschaft der Südwestdeutschen Handelskammervereinigung besprochen worden sind. Das aufgestellte Programm fand allgemein Anklang. Wiederholt wurde zum Ausdruck gebracht, daß der Kleinhandel sobald als möglich von der Zwangswirtschaft befreit werden und in seine alten Rechte eingesetzt werden solle.

4. Die Versammlung nahm einen eingehenden Bericht der Leiter der hiesigen Städtischen Bekleidungsstelle, der Herren Menges und Fuchs, über die Nähfadenverteilung entgegen. Dabei wurde dem Bedauern Ausdruck gegeben, daß die Reichsbekleidungsstelle nicht auf die Ersuchen der beteiligten Stellen, hierher eine Verteilungsstelle zu legen, eingegangen sei.

5. Der Ausschuß beschäftigte sich sodann mit der Frage, ob der 7-Uhr-Ladenschluß auch in Friedenszeiten beibehalten werden solle. Man war jedoch der Ansicht, daß es verfrüht sei, jetzt schon zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Es wurde jedoch darauf hingewiesen, daß, wenn eine Regelung erfolgen würde, diese eine reichsgesetzliche sein müßte. Was den wegen Beleuchtungsersparnis eingeführten 6-Uhr-Ladenschluß anbetrifft, so wurde beschlossen, beim Großh. Ministerium des Innern dafür einzutreten, daß dieser auf 1. April 1918 abgeschafft wird. Ferner wurde beschlossen, den beim Großh. Ministerium des Innern gestellten Antrag auf Zulassung der Beleuchtung der Verkaufsstelle auf eine Stunde nach Schließung des Geschäfts zur Vornahme der notwendigsten Ordnungsarbeiten zu unterstützen.

6. Auf Antrag des Bundes Badischer Detaillisten-Vereine hat der Vorort des Badischen Handelstags das Ministerium des Innern ersucht, daß in den Beirat des Kriegsernährungsamts und in den Beirat des Reichskommissars für Uebergangswirtschaft je ein weiterer Vertreter des badischen Kleinhandels berufen werde. Im Anschluß daran wurde auch die Frage einer Vertretung des Kleinhandels in der 1. Kammer besprochen. Weiter wurden noch besprochen die Frage der Beschlagnahme der Herren- und Knabenbekleidung sowie das Ausverkaufsverbot für Web-, Wirk- und Strickwaren.

* Auszeichnungen. Der Großherzog hat den nachgenannten Personen die nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen der ihnen verliehenen Auszeichnungen erteilt: für den Preußischen Roten Adlerorden 1. Klasse: dem Staatsminister und Minister des Innern Dr. Heinrich Freiherrn von und zu Bodman; für das Preußische Verdienstkreuz für Kriegshilfe: dem Stadtpfarrer Karl Arnold in Wiesloch, dem Stadtpfarrer Peter Fiehler in Mosbach, dem Stadtpfarrer Joseph Hirt in Wiesloch, dem Professor Dr. Joseph Münch in Bruchsal, dem Professor Geheimen Rat Dr. von Schubert in Heidelberg, dem Kaufmann Oskar Herrmann in Mannheim, dem Oberbürgermeister Dr. Walz in Heidelberg, dem evangelischen Pfarrer Otto Werner in Bruchsal, dem Eisenbahnsekretär Gustav Veith in Mannheim, dem Oberpostsekretär Peter Krämer in Mannheim, dem charakterisierten Postsekretär Johann Kniep in Heidelberg, der Telegraphengehilfin Marie Preisch in Mosbach, dem Oberpostschaffner Isidor Fischer in Mannheim, dem Oberbriefträger Gottfried Kiefert und dem Leitungsaufseher 1. Klasse Ludwig Trautwein in Mannheim, dem Postschaffner Adam Pfister in Mannheim, dem Telegraphenarbeiter Linus Walz in Bruchsal; für das Bayerische König Ludwig-Kreuz: dem Rechnungsrat Prof. Dr. Häberle, Volontär-Assistent am Geologischen Institut in Heidelberg, dem Kaufmann Wilhelm Kunz bei der Landwirtschaftlichen Zentraldarlehenskasse, Filiale Ludwigshafen a. Rh., dem Theaterdirektor Salomon Zacharias in Mannheim; für den Bayerischen Verdienstorden vom heiligen Michael 4. Klasse: dem Generaldirektor des Rhenania Rheinschiffahrtskonzerns Hermann Hecht in Mannheim; für das Ehrenkreuz zum Bayerischen Verdienstorden vom heiligen Michael: dem Geheimen Hofrat Dr. Glaser, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Badischen Anilin- und Sodafabrik Ludwigshafen, in Heidelberg und dem Geheimen Kommerzienrat Hüttenmüller, Direktor der Badischen Anilin- und Sodafabrik Ludwigshafen, in Mannheim; für die Türkische Medaille vom Roten Halbmond in Silber: dem Geheimen Kommerzienrat Dr. Haas und der Frau Berta Brosien in Mannheim.

ᵹ Militärische Beförderung. Kaufmann Karl Schmidt, Q 7, 8 wohnhaft, wurde nach 3½jähriger militärischer Dienstleistung beim Ersatzbataillon des Inf.-Regts. 142 zum Sergeanten befördert.

* Weibliches Personal in Soldatenheimen. Schwestern und Hilfsschwestern mit und ohne staatliche Anerkennung als Krankenpflegerinnen — wie z. B. die Ordensschwestern — dürfen nur im Sanitätsdienst und in den hiermit zusammenhängenden Einrichtungen in einem Betätigungsgebiete beschäftigt werden, das, wie bei den Kochschwestern und Köchinnen, der Pflege der Verwundeten und Kranken unmittelbar zugute kommt. In sonstigen Wirtschaftsbetrieben des Operations- und Etappengebietes (einschl. der Gebiete der Generalgouvernements usw.) z. B. in Eisenbahnverpflegungsstellen, Offizier-, Soldaten-, Eisenbahnerheimen, Militärwäschereien usw., sind sie künftig nicht mehr einzustellen, soweit sie in derartigen Betrieben bereits beschäftigt werden, ist ihnen nahezulegen, nach Ablauf ihrer Verträge aus dem bestehenden Dienstverhältnis auszuscheiden und sich ihrem eigentlichen Berufe, dem Krankenpflegedienste, wieder zuzuwenden. (Kriegsm. v. 14. 2. 18 Nr. 3411/1. 18 S 3). h.

ℌ Unzureichende Freimachung von Eilsendungen nach Landorten. Für Eilsendungen nach Landorten werden oft am Aufgabeorte bei der Vorausbezahlung nicht die Eilbestellgeldsätze von 60 Pfg. und 90 Pfg. für Sendungen nach dem Landbestellbezirk, sondern die niedrigeren Sätze für Sendungen nach dem Ortsbestellbezirk (25 und 40 Pfg.) erhoben. Den Postanstalten wurde daher zur Pflicht gemacht, der richtigen Erhebung der Gebühren für Eilsendungen besondere Aufmerksamkeiten zuzuwenden.

ᵹ Deutsche Gesellschaft für Kaufmanns-Erholungsheime. Der Gesellschaft, die bekanntlich auch im Badischen Schwarzwald bei Bühl ein großes, stark besuchtes Heim unterhält, sind in letzter Zeit u. a. wieder folgende Zuwendungen gemacht worden: Heinrich Lanz, Mannheim 20 000 Mk., Brown, Boveri u. Co., Mannheim, weitere 5000 Mk., J. Reiß, Mannheim 5000 Mk., Brauereigesellschaft vorm. Meyer u. Söhne, Riegel, weitere 5000 Mk., Wilh. Pfeiffer sen., Heidelberg 4000 Mk., Max Knopf, Karlsruhe 3000 Mark, Generaldirektor Kommerzienrat B. Spielmeyer, Mannheim 2000 Mk., A. Batschari, G. m. b. H., Baden-Baden, weitere 1000 Mark, Gebr. Großmann, A.-G., Brombach, weitere 1000 Mk., Dörflinger'sche Achsen- und Federn-Fabriken A.-G., Mannheim 1000 Mk., Adolf Krebs, Mannheim 1000 Mk., Luschka u. Wagenmann, Mannheim 1000 Mk., Mannheimer Maschinenfabrik Mohr u. Federhaff, Mannheim 1000 Mk., Rheinische Papiermanufaktur Hermann Krebs, Mannheim 1000 Mk., Gebr. Sternheimer, Mannheim 1000 Mk., C. F. Menger, Neckargemünd 1000 Mk., Joh. Sutter, Schopfheim, weitere 1000 Mk. Mit den Stiftungen sind erhebliche Vorteile für die Angestellten der Stifterfirmen verknüpft.

ℌ Der Verkehr mit Saat- und Steckzwiebeln. Die Badische Gemüseversorgung hat die bisherigen Höchstwerte für Saat- und Steckzwiebeln aufgehoben und statt dessen bestimmt: Soweit Saat- und Steckzwiebeln nach obigen Bestimmungen zu Saatzwecken gegen Saatkarte und mit Genehmigung der zuständigen Stellen abgesetzt werden, dürfen beim Verkauf durch den Erzeuger die nachstehenden Sätze pro Zentner nicht überschritten werden: für Saatzwiebeln 18 Mark, für Steckzwiebeln: 1. längliche oder ovale: Größe I unter 1½ Zentimeter Durchmesser 100 Mark, Größe II 1½ bis 2 Zentimeter Durchmesser 80 Mark, Größe III 2 bis 2½ Zentimeter Durchmesser 60 Mark, II. plattrunde (süddeutsche): Größe I unter 2 Zentimeter Durchmesser 120 Mark, Größe II bis 2½ Zentimeter Durchmesser 100 Mark, Größe III 2½ bis 3 Zentimeter Durchmesser 80 Mark.

* Der neue Tabak. In satirischer Weise schreibt der „Berliner Lokalanzeiger" zu der neuen Tabakverordnung des Bundesrats: „Wir haben mit Erschrecken gehört, daß jegliches Unkraut „bis zum Ysop, der an der Mauer wächst", von nun an berechtigt sein soll, den Namen Tabak zu führen. Es genügt, daß etliche Prozent Tabakblätter pfälzischen oder märkischen Ursprungs der höchst ge-

Goldschmuck tragen ist heute keine Zierde, keine Ehre. Das Gold dem Vaterlande!

mischten Gesellschaft von Ersatzmitteln beigegeben werden, um dem ganzen Sammelsurium den hochansehnlichen Namen „Tabak" zu verleihen. Daß „nur" Buchenlaub oder Hopfen oder Rosenblätter verwendet werden, glaubt niemand, der unsere Ersatzmittelindustrie kennt, aber selbst, wenn sie es täte, auch dann müssen wir ein Zeug rauchen, das, frei nach Shakespeare, „zum Himmel stinkt". Daß ernsthafte Gesundheitsschädigungen die Folge der neuen behördlichen Weitherzigkeit sein werden, liegt auf der Hand, soll uns aber vorerst nicht kümmern. Wir wollen zunächst zwei andere Fragen erheben. Wie steht es mit der Deklarationspflicht für die neuen — mit Respekt zu melden — Tabakfabrikate und wie mit dem Preise? Sollen die Verkäufer von getrocknetem mit einer Prise Tabak parfümierten Kartoffelkraut oder Seegras nicht wenigstens gehalten sein, auf der Packung anzugeben, welcher Art ihre köstliche Ware sei? Und dann der Preis? Soll es dabei bleiben, daß die Preise für unbenennbares Gemisch umso höher steigen, je tiefer deren Tabaksgehalt sinkt? Zweifelsohne werden sich die Buchenwaldeigentümer als Plantagenbesitzer vorkommen und sich ihre Produkte entsprechend bezahlen lassen, und die Fabrikanten und Grossisten sich beeilen, dem löblichen Beispiele nachzueifern. Aber wir meinen, daß das nicht geduldet werden darf. Durch die Deklaration soll jedem Raucher, der richtigen Tabak nicht erschwingen kann, ermöglicht werden, zu prüfen, was ihm beigebracht wird, damit er im Interesse seiner Gesundheit lieber das Rauchen aufsteckt, als daß er Unkraut qualmt. Wer aber von seinem Laster trotzdem nicht lassen will, der soll wenigstens diesen Genuß nicht teurer bezahlen, als er wert ist.

* Flitterwochen-Zulage. Das Bonner Lebensmittelamt gibt Neuvermählten, wenn einer der Ehegatten wenigstens sechs Monate Bonner Einwohner war, als einmalige besondere Lebensmittelzulage: 30 Pfund Kartoffeln, 2 Pfund Weizenmehl, 2 Pfund Grieß, 5 Pfund Zucker, 2 Pfund Malzkaffee, 2 Pfund Butter oder andere Fette und 10 Eier. Die Bonner Stadtverwaltung folgt damit dem Vorbild der Straßburger, die schon seit längerer Zeit den Neuvermählten besondere Zulagen gewährt.

Vereinsnachrichten.

ᵹ Turnverein Mannheim von 1846. Zum 90. Male versammelt der Turnverein im Kriege am 2. März seine Mitglieder zu einer Kriegstagung. Zu dieser festlichen Veranstaltung haben die Geschwister Sieck ihre musikalische und gesangliche Mitwirkung zugesagt. Das Kreisturnratsmitglied Schimpf wird die Hauptansprache halten. 200 Turner werden bis dahin das Eiserne Kreuz ihr eigen nennen, 198 sind's schon jetzt. Zuletzt erhielten diese Auszeichnung: Musketier Fehler, Landsturmmann Josef Ruschmann, Gefreiter Theodor Beckenbach, die Unteroffiziere Fritz Kaufmann, Karl Guigne und Fritz Kurz, sowie Vizefeldwebel Henkel. Die Angehörigen des im November gefallenen Unteroffiziers Karl Oberst erhielten nachträglich das Eiserne Kreuz ausgehändigt. Leider beklagt der Turnverein von neuem den Tod eines getreuen Turners: Flieger Josef Höhl, der als Kampfflugzeugführer an der Front tätig war, ist beim Probieren einer neuen Flugmaschine tödlich abgestürzt. Am 20. Februar konnte seine Beisetzung in der Heimat unter zahlreicher Beteiligung der Turngemeinde erfolgen. Landgerichtsrat Dr. Wolfhard legte unter Würdigung seiner Krieger- und Turnerlaufbahn einen immergrünen Kranz im Namen des Turnvereins nieder. Seinem Gedächtnis ist auch die nächste Kriegstagung gewidmet. An diesem Abend werden außerdem die Uebungen aller Abteilungen für das große Schauturnen im Rosengarten am 5. Mai bekannt gegeben.

Mannheimer Strafkammer.

Strafkammer I. Sitzung vom 26. Februar. Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Baumgartner.

Die Kaufleute Karl Häberle und Ernst Schwarz boten am 21. November v. Js. dem Metzgermeister Jakob Imhoff 200 Zentner Zwiebeln zum Preise von 13 000 Mark, also 65 Mark den Zentner an, während Schwarz im Bernburgischen, wo er die Zwiebeln aufkaufte, um 1450 Mark für den Zentner, angelegt hatte. Wegen einem Unterschied von 500 Mark zerschlug sich der Handel. Die Kriminalpolizei bekam Wind davon, aber sie kam zur Beschlagnahme zu spät. Noch am gleichen Tage hatte der Arbeiterausschuß von Benz die Zwiebeln zu 17 Mark den Zentner gekauft, einem nach Ansicht des Vorsitzenden des Preisprüfungsamtes, Dr. Hofmann, angemessenen Preis. Wegen übermäßiger Preissteigerung wurde der von Rechtsanwalt Dr. Stern verteidigte Angeklagte Schwarz zu einer Geldstrafe von 10 000 Mark oder 1 Jahr Gefängnis, der Angeklagte Häberle, dem Rechtsanwalt Georg Müller zur Seite stand, zu einer Geldstrafe von 2500 Mark oder 127 Tagen Gefängnis verurteilt.

Kommunales

⁑ Baden-Baden, 26. Febr. In einer heute mittag unter dem Vorsitz von Oberbürgermeister Fieser im großen Rathaussaale stattgefundenen Sitzung des Bürgerausschusses stand der Antrag des Stadtrats betreffend Erhöhung der Kurtaxe in unserer Bäderstadt zur Beratung. Der Stadtrat ist der Ansicht, daß die Kurtaxe, wie dies auch in anderen westdeutschen Bädern geschehen wird, mit Beginn der diesjährigen Fremdenzeit erhöht werden sollte und zwar um 50 Proz. Die Erhöhung würde eine Vermehrung der Einnahmen um etwa 70 000 Mark ergeben, welche zur Deckung der erheblich vermehrten Ausgaben der Kurverwaltung (für die Gehaltsaufbesserung der Beamten und Orchestermitglieder sind allein 40 bis 50 000 Mark erforderlich) Verwendung finden sollen. Nach einer längeren Aussprache wurde der stadträtliche Antrag einstimmig angenommen.

√ Zweibrücken, 21. Febr. Das Vorverkaufsrecht für die dem K. Landgestüt gehörigen Rennbahn-Wiesen ist nunmehr der Stadt vertraglich gesichert, wobei die Preisfestsetzung späterer Vereinbarung vorbehalten bleibt. — Der Südwestdeutsche Städteeinkauf in Mannheim hat sein Aktienkapital auf 500 000 Mark erhöht; die Stadt als Mitglied nimmt an dieser Erhöhung durch Verdoppelung ihrer bisherigen Einlage von 5000 Mark teil. — Die Frist des z. Zt. in Umlauf befindlichen Stadtnotgeldes wird bis 31. Dezember ds. Js. verlängert, bisher sind 150 000 Scheine ausgegeben und noch 50 000 zurückbehalten worden. Nunmehr soll das unbrauchbar gewordene Notgeld eingezogen und durch das noch zurückbehaltene Papiergeld ersetzt werden.

* Pirmasens, 25. Febr. Eine Gemeindeversammlung nahm einstimmig den Antrag des Oberbürgermeisters Strobel, ein Anlehen von 1 Million Mark zu 5 Prozent aufzunehmen, an. Das Kapital soll von der Stadt der Gesellschaft „Bauhilfe Pirmasens" zur Verfügung gestellt werden. Zu diesem Zweck haben bereits verschiedene Industrielle und Kassen 1 Million gezeichnet, so daß sich das Gesamtgrundkapital der Gesellschaft auf 2 Millionen erhöht. Es sollen, um der hier herrschenden Wohnungsnot zu steuern, kleine und mittlere Wohnhäuser bis zum Preise von 60 000 Mark gebaut werden. Die Gesellschaft wird diese Häuser bis zu 80 Proz. beleihen. Das Kapital soll vom 1. Januar 1919 ab mit 25 000 Mark jährlich zur Auszahlung gelangen.

Pfalz, Hessen und Umgebung.

√ Speyer, 21. Febr. Ein Presse-Konflikt ist im Pfälzischen Kreislehrerverein entstanden. Der seitherige Vorsitzende des Presseausschusses in Pirmasens hat sein Amt niedergelegt, weil der Kreisvereinsvorstand in Speyer dem Schriftleiter der „Pfälzischen Lehrerzeitung" verboten hat, einen Aufsatz jenes Presse-Ausschuß-Vorsitzenden, „Der kommende Hauptlehrer", in das Vereinsorgan aufzunehmen. Das Verbot wurde damit begründet, daß die Tendenz des Aufsatzes im Widerspruch stehe mit dem Beschluß des Hauptausschusses des Bayerischen Lehrervereins. In pfälzischen Lehrerkreisen hat diese Anordnung öffentlichen Widerspruch gefunden, weil durch sie Standesangelegenheiten, die irgendwie von der Auffassung der Vereinsleitung abweichen, in der „Pfälzischen Lehrerzeitung" nicht mehr besprochen werden können, ebenso weil das Vorgehen als eine Bevormundung der Lehrerschaft aufgefaßt wird, zumal vom Vereinsvorsitzenden auch untersagt wurde, daß im Vereinsorgan eine Mitteilung über die Sachlage erschien.

ᵹ Aus der Pfalz, 22. Febr. Hinsichtlich der Arbeitszeit in den Bäckereien hat die Pfälzische Kreisregierung folgendes bestimmt. 1. Alle Arbeiten, die zur Bereitung von Brot dienen, sind in den Bäckereien, auch wenn diese nur einen Nebenbetrieb darstellen, a) im Sommer, d. i. vom 14. April bis zum 16. Oktober in der Zeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens, b) im Winter, d. i. vom 16. Oktober bis zum 14. April von 7 Uhr abends bis 7 Uhr morgens verboten. 2. Zur Vornahme von Vorarbeiten darf diese zwölfstündige Ruhezeit auf die Dauer einer Stunde, einsetzend drei Stunden vor Beginn der Arbeitszeit, unterbrochen werden, d. i. im Sommer in der Zeit von 3—4 Uhr, im Winter von 7—8 Uhr morgens. Im übrigen sind auch die Vorarbeiten während der Ruhezeit verboten. 3. Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften werden mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.

Gerichtszeitung.

✕ Sinsheim a. E., 27. Febr. Der russische Kriegsgefangene Iwan Golagrijuk, welcher am 25. September 1917 in Siegelsbach bei Sinsheim die Witwe Mann ermordet sowie deren Schwiegertochter nach vorhergegangenem Sittlichkeitsverbrechen eine schwere Körperverletzung beigebracht hatte, ist vom Inspektionsgericht (Kriegsgefangenenlager Rastatt) 1. wegen Ermordung der Witwe Mann zum Tode und 2. wegen Sittlichkeitsverbrechens und schwerer Körperverletzung in den letzten beiden Fällen zu einer Gesamtzuchthausstrafe von 12 Jahren verurteilt worden. (g. K.)

ℌ Offenburg, 26. Febr. Der Mechaniker Otto Rehmer aus Oberachern hatte mit seinem inzwischen geisteskrank gewordenen Bruder einen Einbruch in die bei Oberkirch gelegene Villa eines in Straßburg wohnenden Geh. Regierungsrates verübt und dort gestohlen, was ihnen in die Hände fiel. Die Sachen führten sie auf einem Handwagen, den sie anderwärts entwendet hatten, fort. Auf ähnliche Weise raubten sie ebenfalls bei Oberkirch die Villa eines Rittmeisters aus und verübten sonst noch mehrere Diebstähle. Die Strafkammer verurteilte Otto Rehmer zu 1 Jahre 4 Monaten Gefängnis.

* Köln, 22. Febr. Das Außerordentliche Kriegsgericht für den Bereich der Festung Köln hat durch Urteil entschieden, daß die Entwendung von Treibriemen aus Fabriken, die für Heeresinteressen arbeiten, als Landesverrat zu bestrafen ist, da der Fabrikbetrieb dadurch gefährdet und der feindlichen Macht somit Vorschub geleistet wird. Auf der Anklagebank saßen der schon vielfach bestrafte 30jährige Arbeiter Ernst Siegel und die Ehefrau Helene Bleß, 30 Jahre, und Anna Maria Sladowy, 50 Jahre alt, alle drei aus Wiesdorf. Siegel war Lagerarbeiter bei den Farbenfabriken in Leverkusen und verdiente täglich 8 Mark. Er war geständig, nachts in den Keller eines Lagerhauses der Firma gewaltsam eingebrochen und Treibriemen im Werte von 3000 Mark gestohlen zu haben. Er verkaufte das Leder, nachdem er den Fabrikstempel abgeschabt hatte, zum Teil an die mitangeklagten Frauen, die in Abwesenheit ihrer zum Heeresdienst eingezogenen Männer Schuhreparaturwerkstätten betreiben. Ein abermaliger Einbruchsversuch Siegels in den Lagerkeller mißglückte; bei einem dritten erbeutete er aber wieder Treibriemen im Werte von 2300 Mark, von denen er drei im Werte von 1000 Mark auf dem Fabrikgrundstück im Freien liegen lassen mußte, weil die ganze Last ihm zu schwer war. Wieder verkaufte er von der Beute Leder an die mitbeschuldigten Schusterfrauen. Die gestohlenen Treibriemen waren für den Betrieb der für Heereszwecke arbeitenden Farbenfabriken unbedingt notwendig. Eine Neuanlage konnte längere Zeit nicht in Betrieb genommen werden, so daß eine Schädigung unserer Kriegsmacht vorlag. Siegel wurde lt. „Kölnischer Zeitung" deshalb wegen vollendeten Landesverrats in Tateinheit mit schwerem Einbruchsdiebstahl und Versuch dazu zu neun Jahren Zuchthaus, zehnjährigem Ehrverlust und Polizeiaufsicht verurteilt. Die eine der angeklagten Schusterfrauen muß den verbotenen Ankauf von Treibriemen und die Hehlerei mit sechs Monaten, die andere mit acht Monaten Gefängnis büßen. (gc.)

Sportliche Rundschau.

* Entscheidungskampf um den Verbandspokal des Süddeutschen Fußball-Verbandes. Die vier Kreismeister in den Pokalspielen stehen bereits fest und werden sich in der Vorschluß-Runde um den Verbandspokal nunmehr gegenüberstehen: Ostkreis-Sieger Spielvereinigung Fürth und Nordkreis-Sieger Fußballsport Verein Frankfurt, ferner Westkreis-Sieger Phönix-Mannheim und Südkreis-Sieger Stuttgarter Kickers.

MARCHIVUM

Handel und Industrie.

Reichsbankausweis vom 23. Februar

Bestand an kursfähigem deutschem Geld und an Gold in Barren oder ausländischen Münzen, das Kilogramm fein zu 2784 Mark berechnet.

Vermögen (in 1000 Mark)		gegen die Vorwoche
Metallbestand	2523383+	1125
darunter Gold	2407691+	1166
Reichs- und Darlehenskassen-Scheine	1264270+	24944
Noten ander. Banken	6618+	2907
Wechsel, Schecks und disk. Schatzanw.	12355895—	519008
Lombarddarlehen	6003—	1026
Wertpapierbestand	* 91937—	178
Sonstiges Vermögen	1874378+	95043
Verbindlichkeiten.		
Grundkapital	180000	(unver.)
Rücklagen	90137	(unver.)
Notenumlauf	11122471+	24761
Einlagen	6069318—	146623
Sonst. Verbindlichkeit.	660558—	274331

Berlin, 27. Febr. (WTB.) Der Ausweis zeigt eine außerordentliche Entlastung der Anlage. Die günstige Verfassung des deutschen Geldmarktes ermöglichte es, in der abgelaufenen Woche der Reichsbank in besonderem Umfange, Schatzanweisungen in den offenen Markt weiter zu geben. Die gesamte Anlage verminderte sich um 520,8 auf 12453,8 Mill. M., die bankmäßige Deckung allein um 519,6 auf 12355,9 Mill. M. Im Zusammenhang mit dieser Entlastung der Anlagekonten verminderte sich das Guthaben um 146,6 Mill. M., nämlich von 6215,9 auf 6069,3 Mill. M.

An Banknoten wurden in der 3. Februarwoche 24,8 Mill. Mark in den Verkehr gesetzt, daneben 33,2 Mill. M. an Darlehenskassenscheinen. In der entsprechenden Zeit des Vorjahres waren an Darlehenskassenscheinen 63,5 Mill. M., an Reichsbanknoten 415,9 Mill. M. ausgegeben worden, so daß auch diesesmal wieder der Bedarf an Zahlungsmitteln eine günstigere Bewegung zeigte, als in der entsprechenden Woche des Vorjahres.

Der Goldbestand der Reichsbank erhöhte sich weiter um 166000 M. auf 2407,7 Mill. M., der Silberbestand usw. um 1 Mill. M. auf 115,7 Mill. M. Der Besitz der Reichsbank an Reichskassenscheinen nahm um 96000 M. auf 13,1 Mill. M. zu. Bei den Darlehenskassen erhöhte sich die Summe der ausgeliehenen Darlehen um 58 Mill. M. auf 7717,7 Mill. M., so daß die Reichsbank unter Berücksichtigung der erhöhten Neuausgaben von 33,2 Millionen Mark einen Zuwachs ihres eigenen Bestandes an Darlehenskassenscheinen von 24,8 Mill. M. erfuhr.

Für die Zwecke der Einzahlungen auf die 7 Kriegsanleihen im Betrage von rund 73 Milliarden M. sind die Darlehenskassen nach dem Stand vom 22. Februar 1918 nur noch mit 825 Mill. M., d. h. mit 1,1 Prozent der bezahlten Summe in Höhe von 73 Milliarden M. in Anspruch genommen.

Stuttgarter Lebensversicherungsbank a. G. (Alte Stuttgarter).

Das Neugeschäft im abgelaufenen 63. Geschäftsjahr ist in Berücksichtigung der schwer auf der Lebensversicherung lastenden Kriegszeit befriedigend verlaufen. Eingereicht wurden 7631 neue Versicherungsanträge über M. 73620050 Versicherungssumme (im Vorjahr 5623 Anträge über M. 55254250). Davon gelangten 6559 Versicherungen mit M. 61551040 zur Annahme (im Vorjahr 4406 Versicherungen über M. 42290270). Nach Abzug des Gesamtabgangs ergibt sich in der Todesfallversicherung ein Reinzuwachs von 778 Versicherungen mit M. 24223903 Versicherungssumme (gegen M. 8941008 im Vorjahr). Dadurch erhöht sich der Gesamtversicherungsbestand (einschließlich der Altersversicherung) von M. 1 Milliarde 172 Millionen Ende 1916 auf M. 1 Milliarde 195 Millionen Ende 1917.

Berliner Wertpapierbörse.

Berlin, 27. Februar (Devisenmarkt.)

Auszahlungen für:	27. Geld	27. Brief	26. Geld	26. Brief
Konstantinopel	18.85	18.95	18.85	18.95
Holland 100 Gulden	215.50	216.00	215.50	216.00
Dänemark 100 Kronen	152.50	153.00	152.50	153.00
Schweden 100 Kronen	162.25	162.75	163.25	163.75
Norwegen 100 Kronen	159.25	159.75	159.25	159.75
Schweiz 100 Franken	112.50	112.75	112.50	112.75
Oest.-Ungarn 100 Kronen	66.55	66.65	66.55	66.65
Spanien	115.—	116.—	115.50	116.½
Bulgarien 100 Leva	79.½	79.¾	79.½	79.¾

Newyorker Wertpapierbörse.

NEW YORK, 26. Februar. (Devisenmarkt)

	26.	25.
Tendenz für Geld	stramm	fest
Geld auf 24 Stunden (Durchschnittsrate)	4.—	—.—
Geld letztes Darlehen	4.—	—.—
Sichtwechsel Berlin	—.—	—.—
Sichtwechsel Paris	5.72.50	5.72.50

	26.	25.
Wechsel auf London (60 Tage)	4.72.50	4.72.50
Wechsel auf London (Cable Transfers)	4.76.45	4.76.45
Silber Bullion	85.½	85.½

New-York, 26. Februar. (Bonds- und Aktienmarkt.)

	26.	25.
Acht. Top. Santa Fe 4% Bonds	—	—
United States Corp. Corps 3½ Bonds	99½	99⅝
Acht. Top. Santa Fe	85⅛	85—
do. pref. cul. Divid.	81⅞	81⅞
Baltimore & Ohio	52½	51⅞
Canadian Pacific	147¼	145⅝
Ches. & Ohio	54⅝	54⅞
Chic. Milw. & St. Paul	39⅝	39⅞
Denver & Rio Grande	3½	5—
Erie	15⅛	15—
Erie 1st pref.	25⅛	25¼
Erie 2nd pref.	19—	19—
Great Nothern pref.	91—	90—
Illinois Central	94—	94½
Interborough Cons. Corp.	6⅞	7⅛
do. do. pref.	42⅞	41—
Kansas City & Southern	16⅞	16—
do. pref.	48—	46—
Louisville u. Nashville	113⅞	112½
Missouri Kans. & Texas	4⅞	4⅞
Missouri Pacific	22⅞	22⅞
Nat. Railw. of Mex.	5—7	—
New York Centr. a.	71⅞	71¼
do. Ontario & Western	20⅞	20⅞
Norfolk & Western	104⅞	104⅞
Northern Pacific	85—	84⅞
Pennsylvania	44⅞	44⅞
Reading	77⅞	73⅞
Chicago Rock Isl. & Pac.	21¼	20⅞
Southern Pacific	83⅞	84⅞
Southern Railway	24—	23⅞
Southern Railway pref.	58⅞	58—
Union Pacific	121⅞	120⅞
Wabash pref.	42⅞	42—
Americ. Can.	41—	40—
Amer. Smelt. & Ref.	82⅞	82⅞
Anac. Copp. Min.	64—	63⅞
Bethlehem Steel	81⅞	80½
Central Leather	70⅞	70⅞
Intern. Mercantile Marine	28⅞	28⅞
do. do. pref.	98—	97⅞
United States Steel Corp.	91⅞	91⅞
United Stat. Steel Corp. pr.	110⅞	110—

Aktien-Umsatz 500000 (600000)

Wiener Wertpapierbörse.

Wien, 26. Febr. (WTB.) Die Meldung über den bevorstehenden Friedensschluß mit Rußland und die Rede des deutschen Reichskanzlers wurden an der Börse lebhaft gewürdigt und wirkten auf die Stimmung freundlich ein. In geschäftlicher Hinsicht ist eine Belebung nicht eingetreten. Der Verkehr blieb aufs äußerste beschränkt, nur Montan- und Türkische Tabak-Aktien erreichten infolge von Deckungen einige Lebhaftigkeit. Schwächer lagen Rüstungs- und leitende Bankpapiere. Nach Erledigung der Deckungskäufe trat allgemein eine leichte Abschwächung infolge der vorherrschenden Geschäftsstille ein.

Londoner Metallmarkt.

London, 26. Februar. Kupfer: Kassa 110.—, 3 Monate 110.—, Elektrolytic per Kassa 125/129, per 3 Monate —/—, Best-Selected per Kassa —.—, per 3 Monate —.—. Zinn: per Kassa 314.—, p. 3 Monate 311.—. Blei loko p. Kassa 30.00—30½ per 3 Monate —.—. Zink: per Kassa 67.—, Special 68½.

Letzte Handelsnachrichten.

r. Düsseldorf, 26. Febr. (Pr.-Tel.) Der Aufsichtsrat der Firma Böddinghaus, Reimann u. Co., Elberfeld beantragt nach reichlichen Abschreibungen eine Dividende von 10% wie i. V.

Schifferbörse zu Duisburg-Ruhrort.

Duisburg-Ruhrort, 26. Febr. Amtliche Notierungen. Bergfahrt-Frachtsätze von den Rhein-Ruhr-Häfen nach Mainz-Gustavsburg 4.—, nach Mainplätzen bis Frankfurt a. M. 4.25, nach Mannheim 4.—, nach Karlsruhe 4.30, nach Karlsruhe 4.30, nach Lauterburg 4.50, nach Straßburg i. E. 5.—; Frachtsätze von Häfen des Rhein-Herne-Kanals nach Mainz-Gustavsburg 4.50, nach Mainplätzen bis Frankfurt a. M. 4.75, nach Mannheim 4.50, nach Karlsruhe 4.80, nach Lauterburg 5.—, nach Straßburg i. E. 5.50. Schlepplöhne von den Rhein-Ruhr-Häfen nach Mainz-Gustavsburg 3.40—3.60, nach Mannheim 3.60—3.80. 100 $ 215.75 M.

Briefkasten.

G. G. Ohne Angabe der Anzahl Dienstjahre unter Doppelrechnung der Kriegsjahre können wir Ihnen die Frage nicht beantworten. (94)

L. St. 15. Wir würden Ihnen raten, sich zunächst an die Ermittelungsstelle für Vermißte und Kriegsgefangene im Verkehrsverein Mannheim, Rathaus-Bogen 47/48, (geöffnet von 9—12 und von 3—6 Uhr) zu wenden. Ferner nennen wir Ihnen noch: Das Zentralbüro des Kriegsministeriums in Berlin, Dorotheenstr. 48. (98)

E. L. Ihre Anfrage wurde von uns unterm 28. November im Briefkasten unserer Nr. 557 beantwortet. (1115)

L. D. Landwirtschaftsschulen gibt es in Bitburg, Brieg, Reg.-Bez. Breslau, Dahme, Reg.-Bez. Potsdam, Elsener (Greifswald), Flensburg, Heiligenbeil (Ostpreußen), Herford, Hildesheim, Marne, Liegnitz, Lüdinghausen (Westfalen), Marggrabowa (Ostpreußen), Marienburg (Westpreußen), Samter (Posen), Schivelbein (Pommern), Weilburg a. d. Lahn. — 2. Zum Studium der Landwirtschaft eignen sich diese Schulen allerdings weniger. Diesem Zwecke dienen die landwirtschaftlichen Akademien und Hochschulen z. B. in Poppelsdorf und Berlin. (95)

C. R. Es konnte uns auf unsere Erkundigungen nirgends die gewünschte Auskunft gegeben werden. Rufen Sie uns einmal telephonisch an; vielleicht können wir Ihnen eine Adresse aufgeben, bei der Sie sich erkundigen können. (28)

Amtliche Bekanntmachungen

Bekanntmachung.

Städtische Bekleidungsstelle, Mannheim, F 3, 6.

Mit den dem Kommunalverband Mannheim-Stadt seitens der Reichsbekleidungsstelle für die minderbemittelte Bevölkerung zugeteilten

Jackenkleidern und Blusen

wurden folgende hiesigen Geschäfte beliefert:

Alsberg Geschw., O 2, 8	Stabholz D., H 1, 4
*Aumann A., H 1, 16	*Müller Gebr., Schwetzingerstraße 68
*Bosch Ad., Neckarau	Oettics Frieda, Waldhofstraße 9
Dugeorge Geb., Mittelstraße 90	Rothschild Gebr., K 1, 1
*Furtheimer Brüder, Neckarau	Schmoller Herm. u. Cie., P 1, 6/12
Goldberg J., Mittelstr. 77	*Walter Klara, Riedfeldstraße 30
Hirsch Leop. Nachf., O 7, 7	*Weller H. u. F., Schwetzingerstr. 16
*Kahn H., G 5, 9	Wronker & Cie., E 1, 15/16
Kander, Warenhaus, T 1, 1	
*Kanders S., H 6, 12	
Krüpe Ernst, C 3, 1	
Landauer L., Q 1, 1	

(Den mit * versehenen Firmen wurden nur Blusen zugeteilt.)

Diese Waren dürfen nur an folgende Verbraucherkreise des Kommunalverbandes Mannheim-Stadt gegen Vorlage des betr. Unterstützungsausweises und Abgabe des ordnungsgemäß ausgefertigten Bezugsscheines verabfolgt werden:

1. an die Empfänger von Armenunterstützung,
2. an die von der Zentrale für Kriegsfürsorge Unterstützten,
3. an die eine Kriegshinterbliebenen-Rente Beziehenden (genügt Ausweis der letzten Zahlkarte),
4. an die Kriegsbeschädigten (genügt Rentenbescheid oder Rentenbuch),
5. an sonstige Personen gegen entsprechende Bescheinigung der städtischen Bekleidungsstelle.

Die Geschäftsinhaber werden zur strengsten Einhaltung der ihnen bekannten näheren Bedingungen verpflichtet, andernfalls sie von weiterer Belieferung ausgeschlossen werden. Sw12

Bekanntmachung.

Die Bekämpfung der Reblaus betr.

Die Versendung von Blindhölzern und bewurzelten Reben aus einem Weinbaubezirk in einen anderen Weinbaubezirk ist verboten. Dieses Verbot gilt selbstverständlich auch für den Bezug von Blindhölzern und bewurzelten Reben aus nicht badischen Gebieten oder für die Versendung von Blindhölzern und Reben nach solchen Gebieten.

Das Großherzogtum Baden ist in 6 Weinbaubezirke eingeteilt; die Kreise Mannheim, Heidelberg und Karlsruhe bilden den 2. Weinbaubezirk.

Der Marktverkehr mit Wurzel- oder mit Blindreben, ebenso der An- und Verkauf von Schnitt- und Wurzelreben im Umherziehen ist verboten.

Wer Reben neu anlegen will, gleichviel, ob das Grundstück schon mit Reben bepflanzt ist oder nicht, hat dies mindestens 4 Wochen vor der Anpflanzung bei uns anzumelden.

Als Neuanlage von Reben ist auch anzusehen das Pflanzen von Reben in Rebschulen oder Ziergärten und das Ergänzen vorhandener Rebstöcke durch Nachpflanzung, nicht aber das Ergänzen der Reben durch Vergruben.

Vordrucke für die Anmeldungen sind bei uns erhältlich. Sp41

Reben, die im Widerspruch mit den vorstehenden Bestimmungen angepflanzt wurden, werden vernichtet.

Mannheim, den 22. Februar 1918.

Bürgermeisteramt:
von Hollander. Fehl.

Rhein-Haardtbahn.

Auf Anordnung der Kgl. Eisenbahndirektion Ludwigshafen wird die für 15. März 1918 vorgesehene Wiederausgabe von Sonntagskarten bis auf weiteres unterbleiben. 683

Mannheim, den 26. Februar 1918.
Rhein-Haardtbahn-Gesellschaft m. b. H.

Städt. Handels-Hochschule Cöln.

Das Vorlesungs-Verzeichnis für das Sommer-Halbjahr 1918 ist erschienen und durch das Sekretariat, Claudiusstr. 1, zu beziehen (Preis 0,25 M). Die Vorlesungen und Uebungen beginnen am 15. April. 8060

Der Studiendirektor:
Professor Dr. Chr. Eckert,
Geheimer Regierungsrat.

Privat-Tanzkurse in A 2, 3

Stuttgarter Lebensversicherungsbank a. G. (Alte Stuttgarter)
Gegründet 1854 E211
Neue Anträge 1917 . . . . 74 Millionen M.
Versicherungsbestand 1 Milliarde und 195 Millionen M.
Auskünfte erteilen in Mannheim: Karl Jädel, D 6, 4; Alb. Köchler, Karl Ludwigstrasse 15; Paul Bentey, Augusta Anlage 31; Wilh. Balster, Rheindammstrasse 14; Oberinspektor Jaeger, Heinrich Lanzstrasse 28.

Möbel-Rücktransport von Heidelberg nach Mannheim
Mitte bis Ende März gesucht.
Angebote unter G. Z. 76 an die Geschäftsstelle ds. Blattes. 8046

Es wird das Gerücht verbreitet, dass „Kaiser-Friedrich-Quelle" nicht mehr nach Mannheim geliefert werde, bezw. nicht mehr zu haben sei. — Wir machen darauf aufmerksam, dass die Firma
Wilh. Müller jun.
U 5, 26 Tel. 1636
nach wie vor unser Quellprodukt in alleinem Umfange bezieht und dass Kaiser-Friedrich-Quelle in allen Apotheken, Drogerien und Kolonialwarengeschäften käuflich ist. Elh
Offenbach a. M., den 15. Februar 1918.
Kaiser-Friedrich-Quelle
Aktien-Gesellschaft.

Nervöse junge Mädchen
im Alter von 7—15 Jahren, die höhere Schulen besuchen sollen, finden liebevolle Aufnahme und verständige Pflege in Heidelberg. Schriftliche Anfragen unter Ca511 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Nachlaßversteigerung.
Im Auftrage des Vormundes versteigere ich am Freitag, 1. März 1918, nachmittags 2 Uhr in der Böckstraße 20 III die zum Nachlaß der † Karoline Steiner Witwe gehörigen nachbenannten Fahrnisse meistbietend gegen Barzahlung:
1 Bettlade, 2 aufgerüstete Betten, mehrere Tische, Stühle, Bilder, Spiegel, gr. 2tür. Schrank, 1 Sofa mit 2 Sessel, 1 Regulator, 1 eis. Waschtisch mit Lavoir und Krug, 1 Vanelbrett, Vorhänge, Küchenschrank, Geschirr, Porzellan, Gläser und sonst. kleinen Hausrat.
Georg Landhiel, Ortsrichter, Mannheim.
Rosengartenstr. 17. Tel. 7909

Abschriften auf Schreibmaschinen u. **Vervielfältigungen** fertigt 27a
M. Kraus
D 2, 11, Kanal 1984.

Wer leiht Privatbeamt. in fest. Stellg. mit 6200 M jährlichen Einkommen
600 Mark
gegen monatl. Rückzahlg. v. 100 M unter günst. Bedingungen. Rückstcherheit
Zuschr. unt. H. A. 76 an die Geschäftsstelle. 2048

Batterien!
Mk. 1.25 per Stück nur frische Ware und — prima Qualität —
Dieser billige Preis kann durch ausnahmsweise günstigen Abschluß nur kurze Zeit aufrecht erhalten werden. 2200
J. Kraut, T 1, 3.

Offene Stellen

Wir suchen zum sofortigen Eintritt einen tüchtigen
Meister
für unsere Schreinerei. Bewerber wollen sich unter Vorlage von Zeugnisabschriften, Angabe von Gehaltsansprüchen wenden an Ja88
Heidelberger Schulbankfabrik
Weinheim a. d. Bergstr.

Zum sofortigen Eintritt gesucht
Vorarbeiter
für unsere Schreinerei. Angebote mit Lohnansprüchen und Zeugnis-Abschriften sind zu richten an
Heidelberger Schulbankfabrik
Weinheim a. d. Bergstr.

Für unsere Abteilung gebrauchte Säcke
tüchtig. energischen Meister
gesucht. Cb03
Gebrüder Blumenstein, Industriehafen
Friesenheimerstrasse 25.

Tüchtige zuverlässige
Wirtsleute
als Geschäftsführer zur Führung eines grösseren hiesigen Restaurationsbetriebes
auf sofort gesucht.
Angebote unter J. Y. 173 an die Geschäftsstelle ds. Blattes. 201

Lehrling
für sof. od. später gesucht. Gründl. Ausbildung zugesichert. 2020
Photogr. Atelier Hansa
D 2, 8.

Arbeiterinnen
für Damenschneiderei gesucht.
2549 Schneider, B 6, 2.

Ord. Mädchen
sofort oder 1. März ges.
Kurt Wolf, Waldhof,
2026 Hubenstraße 28.

Jüngeres ehrl. Mädchen
für kl. Familie, sof. oder später gesucht. 2045
Schmidt, Luisenring 60.

Tüchtig. Zweitmädchen
sof. ges. N 2, 6, I. 2446

Junges besseres 2026
Mädchen
zu 1½jähr. Kinde 2 Stunden nachm. gesucht, ebenso tüchtige Büglerin am liebsten für nachmittags. Waldparkdamm 4 II.

Ordentl. Mädchen
für häusliche Arbeiten für 1. März gesucht. 2025
S 1, 9 III.

Monatsfrau oder Putzfrau
per 1. März gesucht. 2619
Thomas, Luisenring 4.

Monatsfrau
oder Mädchen in kl. Haushalt sofort gesucht. 2056
Rosengartenstr. 14, IV.

Zu baldmöglichstem Eintritt suchen wir eine
erfahrene Wirtschafterin
erste Kraft, welche befähigt ist, den Betrieb unserer großen Anstaltsküche in allen Teilen zu leiten.
Bewerbungen mit Lebens-Beschreibung und Zeugnissen unter Angabe der Gehaltsansprüche sind alsbald zu richten an
Großh. Verwaltung des Akadem. Krankenhauses Heidelberg.

Geschäftsgew. Herr, 31 J. alt, aus der Hotelbranche, wünscht sich zu veränd., ev.
Reiseposten
Versicherung ausgeschlossen.
Angeb. u. B. U. 70 an die Geschäftsst. ds. Bl.

Fräulein 24 J. alt im Expeditionswesen bewandert, sucht Stellung als Expedientin od. Lageristin per 1. April oder sofort.
Näheres Mannheim-Neckarau, Katharinenstr. Nr. 104. 2060

Verkäufe

Zu verkaufen:
Salon-Einrichtung
mah. best.: ant. Prunkschrank, Salontisch, Stl. Spiegel, Sofa mit 4 Faut., venez. Lüster für elektr., 1 Marmorsäule m. Büste (Gyps.), 1 Salonteppich, 2 elt. Rauchtisch u. 2 elektr. Schlafzimmerlampen, 1 Badewanne em., 1 Waschkommode mit Marmorpl. & kompl. Fenstergarn. Ausgesch. Donnerstag und Freitag zwischen 3—6 Uhr nachm. Adam Silber, U 6, 10, 1 Tr. r.

Schreib-Maschinen
Adler 350, Hammond 300, neuer Tisch 40 M. zu verk. Schwarzwaldstraße 2625
S 6, 12, vorn, 4. St.

Halle
20 Mtr. lang, 7 Mtr. tief, mit angebautem Bureau, Höhe 6 Mtr. Die Halle ist noch neu. Ein schwerer 2achsiger Wagen zu verkaufen. 2620
H. Zimmermann, Tel. 5700
Dalbergstraße 10.

1 Küchenschrank, 1 Diwan, 1 Tisch, 1 Chaiselongue, 1 Schrank abzugeben. 2627
Kupfermann, M 2, 15a parterre.

Heizbares 2604
Aquarium
60×100 cm mit eppl. Kiste preisw. zu verkaufen
Gellertstraße 10 III., l.

Vermietungen

C 2, 9 1 Tr.
Einfach möbl. Mansardenzimmer zu verm. 2061

Lameystrasse 9, 3 Tr.
Elegant möbl. Wohn- u. Schlafzimmer an bess. Herrn zu vermieten. 2627

Miet-Gesuche

Frl. sucht per 15. März
gut möbl. Zimmer
mögl. Nähe Tattersall.
Ang. u. G. Y. 74 an die Geschäftsstelle. 2043

Helles—6 Zimmerwohnung part. oder 1 Tr. in gutem Hause für Bürozw. gesucht. Ang. B 5, 6, 1 Tr.

2 Zimmer-Wohnung
für einzelne ruhige Dame zu mieten gesucht. 2030
Sender, O 4, 16.